

# Eine neue Eiszeit

US-Präsident Biden nennt Putin einen „Killer“, Russland reagiert erzürnt. Die Beziehung beider Staaten hat sich merklich abgekühlt

Kremlesprecher Dmitri Peskow bringt es ganz nüchtern auf den Punkt: Die russisch-amerikanischen Beziehungen seien „sehr schlecht“, sagte er gestern der Agentur Interfax zufolge. Peskow kritisierte die Äußerungen von US-Präsident Joe Biden über seinen russischen Kollegen Wladimir Putin scharf. Biden hatte in einem Interview des amerikanischen Fernsehsenders ABC die Frage bejaht, ob er Putin für einen „Killer“ halte (AZ berichtete).

„Ich sage nur, dass das sehr schlimme Äußerungen des Präsidenten der USA sind“, sagte Peskow. Und weiter: „Natürlich hat es so etwas in der Geschichte noch nicht gegeben.“ Biden habe nun gezeigt, dass er kein Interesse habe, das Verhältnis zu verbessern.

Der Kremlchef selbst gab sich dagegen unerwartet versöhnlich: „Was die Äußerungen meines amerikanischen Kollegen angeht, so sind wir wirklich, wie er sagte, persönlich miteinander bekannt: Was ich ihm antworten würde? Ich würde ihm sagen: Bleiben Sie gesund! Ich wünsche ihm Gesundheit“, sagte Putin gestern. Seine Wünsche für Biden seien „ohne Ironie und ohne Scherz“, betonte Putin bei einer Videoschleife mit Bürgern auf der Schwarzmeer-Halbinsel Krim, die ihren siebten Jahrestag des „Beitritts“ zu Russland feierte.

Doch die warmen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Beziehung zwischen den USA und Russland deutlich abgekühlt hat.

## APPELL DES US-AUSSENMINISTERS

### China soll Nordkorea zügeln

US-Außenminister Antony Blinken hat China aufgerufen, bei den Bemühungen um eine atomare Abrüstung Nordkoreas seinen Einfluss auf das Nachbarland stärker auszuspielen. China habe „ein klares Eigeninteresse“, auf die Denuklearisierung Nordkoreas hinzuwirken, sagte Blinken gestern in Seoul. Peking habe aufgrund seiner einzigartigen Beziehung zu

Nordkorea einen „enormen Einfluss“ auf Pjöngjang, sagte Blinken im Anschluss an ein „Zwei-plus-Zwei“-Treffen der Außen- und Verteidigungsminister der USA und Südkoreas. Blinken und US-Verteidigungsminister Lloyd Austin waren am Mittwoch nach Südkorea gereist. Auf seinem Rückweg nach Washington wollte Blinken hochrangige Vertreter Pekings treffen.



Blinken.

Die russische Regierung beorderte am Mittwoch ihren Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, zu Beratungen zurück nach Moskau. Gemeinsam mit Antonow sollten die Beziehungen zwischen beiden Ländern erörtert werden, teilte das Außenministerium in Moskau mit. Es gehe bei dem Gespräch darum, wie die Beziehungen, die sich in einer „Sackgasse“ befänden, korrigiert werden könnten. „Wir sind daran interessiert, eine irreversible Verschlechterung zu verhindern“, hieß es.

Der prominente Moskauer Außenpolitiker Konstantin Kossatschow bezeichnete Bidens Aussagen als völlig unzulässig. Der Vizechef des russischen Föderationsrats verlangte eine Entschuldigung und

drohte weitere Schritte an, sollte diese ausbleiben. Der vorläufige Abzug des russischen Botschafters aus Washington sei bereits ein sehr ernster diplomatischer Schritt.

Zusätzlich belastet wird das Verhältnis durch die angebliche Einmischung Russlands in die US-Wahl im vergangenen November, für die Biden bereits mit Konsequenzen drohte. US-Geheimdiensten zufolge hat sich Russland bei der Wahl im November für den damaligen US-Präsidenten Donald Trump eingesetzt und sich bemüht, Biden zu schaden. Moskau habe den Ausgang der Wahl beeinflussen und Unfrieden im Land säen wollen, hieß es in einem am Dienstag vom Büro von US-Geheimdienstkoordinatorin Avril

Haines veröffentlichten Bericht.

Putin und seine Regierung hätten die Maßnahmen „genehmigt und durchgeführt“. Der Kreml wies den US-Geheimdienstbericht als „falsch, absolut unbegründet und haltlos“ zurück.

Die Zeichen in Richtung Russland stehen also – im Gegensatz zum Kuschelkurs von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump – auf Eiszeit. Was steckt dahinter? Biden wolle mit den Attacken gegen Moskau einerseits ganz klar auf Distanz zu Trump gehen, sagt Werner Weidenfeld, Direktor des Centrums für Angewandte Politikforschung (CAP) an der LMU München. Andererseits sei es aber auch der Versuch, eine Perspektive für die aus den Fugen geratene Weltordnung zu schaffen, so der Politikwissenschaftler.

Klare Kante gegen Russland zu zeigen hält Weidenfeld auch angesichts der Affäre um den vergifteten Kremlkritiker Alexej Nawalny für richtig. Dennoch sei mit der Verbalattacke Bidens zumindest terminologisch eine rote Linie überschritten worden. „Putin als Killer zu bezeichnen, erschwert die Möglichkeit, Russland auf einen demokratisch angemessenen Kurs zu bringen“, so Weidenfeld. Es bestehe etwa die Gefahr, dass Russland nun weitere Schritte mit China berät, um etwa die wirtschaftlichen Beziehungen zu den USA zu reduzieren.

Dies wiederum dürfte Biden nicht wollen – er hatte am Mittwoch deutlich gemacht, dass eine Zusammenarbeit Washingtons mit Moskau bei gemeinsamen Interessen möglich sei. Den harten Kurs wird Biden nach Einschätzung Weidenfelds aber beibehalten – und auch von Europa verlangen, sich klar gegen die Machenschaften des Kremls zu positionieren. lma



Zwei, die wohl keine Freunde werden: Russlands Präsident Wladimir Putin (links) und der neue US-Präsident Joe Biden.

Fotos dpa

## Niederlande: Sieg für rechts und links

Der Premier darf bleiben – doch vor allem die Ränder können bei der Wahl Erfolge erzielen

Nach seinem Sieg bei der niederländischen Parlamentswahl will der rechtsliberale Ministerpräsident Mark Rutte mit den ebenfalls erfolgreichen Linksliberalen Gespräche über eine Regierungsbildung beginnen. Dies sei „naheliegender“, sagte der 54-Jährige am Mittwochabend. Ruttes VVD wird nach einer Prognose des Fernsehsenders NOS mit

etwa 23 Prozent und 36 von insgesamt 150 Sitzen stärkste Kraft in der Zweiten Kammer des Parlaments.

An die zweite Stelle schob sich überraschend die linksliberale und besonders europafreundliche D66. Sie holte nach der Prognose 27 Mandate, acht mehr als bisher. Umfragen zeigten, dass dies

wesentlich auf die populäre Spitzenkandidatin Sigrid Kaag (59) zurückzuführen ist. Die Außenhandelsministerin gilt als ein neuer Politik-Star.

Kaag deutete an, dass sie nur dann zu einer Fortsetzung der Koalition mit Ruttes VVD bereit sei, wenn eine weitere progressive Partei in die Regierung eintritt. Die Partei



Eine Wahlgewinnerin: Sigrid Kaag von der linksliberalen D66. F. dpa

des Rechtspopulisten Geert Wilders, die in den Umfragen wochenlang auf dem zweiten Platz gestanden hatte, musste sich mit Rang drei zufriedengeben. Sie verlor drei Parlamentssitze. Dafür gewann aber eine andere rechtspopulistische Partei, die FvD des Nationalisten Thierry Baudet, sechs Sitze dazu und hat nun insgesamt acht.

Eine Abspaltung der FvD, JA21, zieht mit drei Abgeordneten ins Parlament ein, so dass die Rechtspopulisten unterm Strich auffallend gestärkt aus der Wahl hervorgehen.

## POLITIK kompakt

### Italien gedenkt Corona-Opfern

ROM Gestern haben Menschen in ganz Italien den ersten nationalen Gedenktag für die Opfer der Pandemie begangen, die das Land 2020 bei der ersten Virus-Welle härter traf als viele andere in Europa. Wie damals steht Bergamo im Zentrum. Ministerpräsident Mario Draghi reist aus Rom an, um in der Stadt mit ihren rund 120 000 Einwohnern einen Gedenkwald für die Pandemie-Toten symbolisch zu eröffnen. „Wir können uns nicht umarmen, aber das ist der Tag, an dem wir uns noch vereinter fühlen“, sagte Draghi dort vor wenigen Tausend Anwesenden. „Dieser Ort ist ein Symbol für den Schmerz einer ganzen Nation.“ Vor rund einem Jahr gingen erschütternde Bilder von Militär-Lastwagen um die Welt, die Särge mit Corona-Toten aus Bergamo fuhren.

### Neue Vorwürfe gegen Suu Kyi

YANGON Die Militärjunta in Myanmar hat neue Korruptionsvorwürfe gegen die entmachtete Regierungschefin Aung San Suu Kyi erhoben. Ein bekannter Geschäftsmann sagte in dem von der Armee kontrollierten Sender Myawaddy, er habe der 75-jährigen seit 2017 über mehrere Jahre hinweg insgesamt 550 000 Dollar (460 000 Euro) gegeben. Dadurch habe er sich Vorteile für sein Unternehmen erhofft, erklärte der 48-jährige Maung Weik. Es seien Ermittlungen wegen möglicher Bestechung und Korruption eingeleitet worden, so der Sender. Bereits in der vergangenen Woche hatte ein Sprecher der Junta Korruptionsvorwürfe gegen Suu Kyi angedeutet. Dabei ging es um 600 000 Dollar (500 000 Euro) und Goldbarren, die ein Regionalminister der Politikerin gegeben haben soll. Die Justiz beschuldigt sie bereits mehrerer Vergehen, darunter „Anstiftung zu Aufruhr“.



Suu Kyi. Foto: dpa

### Orbán verlässt EVP-Partei

BUDAPEST/BRÜSSEL Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán hat mit seiner Regierungspartei Fidesz den Bruch mit der Europäischen Volkspartei vollzogen. Dies geht aus einem gestern veröffentlichten Schreiben an den Generalsekretär der christdemokratischen Parteienfamilie hervor. Anfang März hatten die Fidesz-Abgeordneten bereits die EVP-Fraktion im Europaparlament verlassen. Der Bruch der Fidesz-Partei mit der EVP und in deren Fraktion folgte auf jahrelangen Streit in der Parteienfamilie. Auf Parteiebene war die Mitgliedschaft des Fidesz in der EVP bereits seit 2019 suspendiert.

### Türkei will HDP verbieten

ANKARA Der Generalstaatsanwalt des Obersten Gerichtshofs in der Türkei will die pro-kurdische Oppositionspartei HDP auf dem Klageweg vom Verfassungsgericht verbieten lassen. Eine entsprechende Anklageschrift sei eingereicht worden, meldete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. Zur Begründung hieß es unter anderem, Grundrechte und Freiheiten dürften laut Verfassung nicht dazu missbraucht werden, „die unteilbare Integrität des Staates mit seinem Land und Volk zu zerstören und zu untergraben“. Mitglieder der HDP hätten Terrorverbindungen und wider der demokratischen und universellen Rechtsregeln gehandelt.

### Reaktor darf nicht wieder ans Netz

TOKIO Ein seit der Atomkatastrophe in Fukushima vor zehn Jahren abgeschalteter Atommeiler im Nordosten Tokios darf vorerst nicht wieder angefahren werden. Ein Gericht begründete gestern ein entsprechendes Urteil mit dem Mangel an Evakuierungsplänen. Obwohl rund 940 000 Menschen in einem Umkreis von 30 Kilometern des Atomkraftwerks Tokai Nummer 2 in der Präfektur Ibaraki leben, so viele wie bei keinem anderen Meiler in Japan, habe nur ein kleiner Teil der Gemeinden Evakuierungspläne erstellt. Diese stelle eine „konkrete Gefahr“ für die Anwohner dar, so das Gericht.

## Grenzkontrollen zu Tirol schon bald passé?

Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz rechnet mit einem Abbau der stationären Grenzkontrollen an der deutschen Grenze zum österreichischen Bundesland Tirol innerhalb der nächsten ein bis zwei Wochen. Bundesinnenminister Horst Seehofer habe ihm signalisiert, dass er die Kontrollen so schnell wie möglich schrittweise zurückführen wolle, sagte Kurz gestern nach einem Gespräch mit dem CSU-Politiker in Berlin. „Ich gehe davon aus, dass wenn das Infektionsgeschehen sich in Tirol weiter so gut entwickelt, dass das in den nächsten ein bis zwei Wochen hoffentlich der Fall sein wird.“

Die Bundesregierung hatte die stationären Kontrollen an



Ein Polizist kontrolliert an der Grenze zu Tirol. Foto: dpa

der Grenze zu Tirol und Tschechien erst am Mittwoch um zwei Wochen verlängert. Das hatte zu scharfer Kritik in Tirol geführt. Die Maßnahme sei durch nichts zu rechtfertigen, so Landeschef Günther Platter (ÖVP)..